

Newsletter

Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 1, Januar 2021

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Partner

Stefan Krakowka
Of Counsel

Dr. Daniel Callejon
Senior Manager

Inhalt

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft	2
BMWi legt Referentenentwurf zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht vor	2
Grundverständnis der Übertragungsnetzbetreiber zum Themenkomplex Messen und Schätzen veröffentlicht	2
Änderung der Mess- und Eichverordnung geplant.....	3
BNetzA veröffentlicht Liste zur gesetzlichen Reduktion der Kohleverstromung	4
Neuregelungen gefährden Wirtschaftlichkeit von Eigenversorgungen	4
Reminder: Marktstammdatenregister – nach Ablauf der Registrierungsfrist zum 31. Januar 2021 droht Verlust von Vergütungen und Bußgeld.....	5
Update E-Mobilität: Entwurf des SteuVerG zurückgenommen, Entwurf des SchnellLG vorgelegt, Förderung von mehr als 30.000 öffentlichen Ladepunkten erfolgt.....	6
DEHSt veröffentlicht Leitfaden zum Anwendungsbereich sowie zur Überwachung und Berichterstattung von CO ₂ -Emissionen	7
Veranstaltungen	8
Webcast: „Richtige Antragstellung nach §§ 63 ff. EEG 2021 – die Besondere Ausgleichsregelung im Lichte der EEG-Novellierung“	8

Über uns	9
Ihre Ansprechpartner	9
Redaktion	9
Bestellung und Abbestellung	10

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

BMWi legt Referentenentwurf zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht vor

Zuletzt wurde intensiv die Frage diskutiert, ob und inwieweit reine Wasserstoffnetze reguliert werden sollen. Zu dieser Frage hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) im vergangenen Sommer eine Marktkonsultation eingeleitet. Nun liegt ein erster Referentenentwurf u.a. zur Anpassung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) vor, welcher ein eigenes Regulierungsregime für reine Wasserstoffnetze vorsieht.

Matthias Stephan
Rechtsanwalt

Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

Bisher galt Wasserstoff nur dann als Gas i.S.d. EnWG, soweit der Wasserstoff elektrochemisch hergestellt wurde. Auch vom Energiebegriff im EnWG wurde Wasserstoff nicht erfasst. Reine Wasserstoffnetze sind daher derzeit weder reguliert noch gelten für sie im Falle einer Umrüstung bestehender Erdgasleitungen die für einen Betrieb rechtlich erforderlichen Regelungen des EnWG fort. Durch die beabsichtigte Gesetzesänderung sollen bereits erste Grundlagen für eine Regulierung geschaffen werden. Nach Abschluss der laufenden Beratungen über einen entsprechenden Ordnungsrahmen auf europäischer Ebene wird in einem späteren Schritt eine weitere Anpassung erfolgen.

Gegenstand des Referentenwurfs ist ausdrücklich die Regulierung reiner Wasserstoffnetze durch einen neuen Abschnitt im EnWG. Die Beimischung von Wasserstoff in das Erdgasnetz ist hingegen nicht von den Anpassungen betroffen. Auch Direktleitungen zum Transport von Wasserstoff, wie sie derzeit teilweise schon existieren unterfallen nicht dem Regulierungsregime. Betreiber von Wasserstoffnetzen haben jedoch durch Erklärung gegenüber der BNetzA die Wahl, ob sie dem Regulierungsregime unterfallen wollen. Sofern diese Erklärung abgegeben wird, gelten entsprechende Vorschriften für die Buchführung, Rechnungslegung und Entflechtung. Auch Vorschriften für den diskriminierungsfreien Netzzugang sieht der Referentenentwurf vor. Erwähnenswert ist ferner, dass die Anreizregulierung keine Anwendung finden soll. Die Kosten des Netzbetriebs sollen hingegen jährlich anhand der zu erwartenden Kosten für das folgende Kalenderjahr sowie der Differenz zwischen den erzielten Erlösen und den tatsächlichen Kosten des jeweiligen Vorjahres ermittelt und über Entgelte erlöst werden.

Sprechen Sie uns gerne an, wenn Sie Fragen zur Implementierung einer Wasserstoffinfrastruktur haben.

Grundverständnis der Übertragungsnetzbetreiber zum Themenkomplex Messen und Schätzen veröffentlicht

Die vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) haben in Anlehnung an den Leitfaden der Bundesnetzagentur zum „Messen und Schätzen“ (Stand: 8. Oktober 2020) ihr Grundverständnis zum Thema Messen und Schätzen sowie zu den Anforderungen an die Erklärungen nach § 104 Abs. 10 EEG 2021 in einem gemeinsamen Papier zusammengefasst. Darin konkretisieren die ÜNB ihre Auffassung bzgl. der Identifikation des Letztverbrauchers, der Zurechnung der Stromverbräuche, der sachgerechten Schätzungen und der Sicherstellung der Zeitgleichheit.

Michael H. Küper
Rechtsanwalt, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Tugba Altin
Rechtsanwältin
Tel.: +49 211 981-7637
tugba.altin@pwc.com

Ziel der Veröffentlichung ist es, ein gemeinsames Verständnis für eine einheitliche Anwendungspraxis aufzubauen und Rechtsunsicherheiten vorzubeugen. Insbesondere bezieht sich dies auf die Anwendung der §§ 62a und 62b EEG 2021 durch Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Eigenversorger und Letztverbraucher im Rahmen der Meldungen nach §§ 74 Abs. 2 und 74a Abs. 2 EEG 2021. Die ÜNB weisen die Betroffenen darauf hin, im Rahmen der Meldungen auf diese Veröffentlichung Bezug zu nehmen sowie die Vereinbarungen des BNetzA-Leitfadens „Messen und Schätzen“ anzuwenden.

Auf nachfolgende Punkte möchten wir in gebotener Kürze eingehen:

Unter dem Punkt „Sachgerechte Schätzungen“ werden unterschiedliche Schätzmethoden beschrieben und konkret angeführt, wie hoch der Sicherheitsaufschlag bzgl. der einzelnen Schätzmethode mindestens ausfallen muss. Beispielsweise muss bei einer exemplarischen Messung und Hochrechnung einer von mehreren gleichartigen Stromverbrauchseinrichtung unter gleichartigen Einsatzbedingungen, ein Sicherheitsaufschlag von mind. 5 % bis mind. 10 % (je nach Abweichen der Einsatzbedingungen) veranschlagt werden.

In diesem Zusammenhang sei es – vorbehaltlich einer Nacherhebung – nicht erforderlich, dass die Angaben zur Art, max. Leistungsaufnahme, Anzahl sowie Betreiber der Verbrauchsanlagen gem. § 62b Abs. 4 S. 1 Nr. 3 und 4 EEG 2021 angegeben werden. Der Verzicht auf die Erhebung dieser Daten im Rahmen der Meldung nach § 74 Abs. 2 oder § 74a Abs. 2 EEG 2021 entbinde aber explizit nicht von der korrekten Ermittlung und ggf. Vorhaltung der Daten.

Bezüglich der Sicherstellung der Zeitgleichheit verweisen die ÜNB auf die Beispiele und Anwendungen des BNetzA-Leitfadens „Messen und Schätzen“ und bestätigen somit die enge Auslegung der BNetzA.

Ferner geben sie vor, welche Anforderungen sie an die Erklärung gem. § 104 Abs. 10 Satz 2 EEG 2021 stellen, mit welcher dargelegt wird, wie seit dem 1. Januar 2022 sichergestellt ist, dass § 62b EEG 2021 eingehalten wird. In diesem Zusammenhang weisen die ÜNB insbesondere konkret darauf hin, welche Angaben für die Begründung eines unvertretbaren Aufwands einer Messung erforderlich sind. Als Betrachtungszeitraum sind hier grundsätzlich 8 Jahre anzusetzen; die Anwendung eines abweichenden Zeitraums sei entsprechend zu begründen.

Sofern ein Unternehmen, das sich auf § 104 Abs. 10 EEG 2021 beruft, die Erklärung jedoch nicht abgebe bzw. aus der Erklärung nicht ersichtlich sei, auf welche Weise § 62b EEG 2021 seit dem 01.01.2022 eingehalten werde, seien die Voraussetzungen nach § 104 Abs. 10 Satz 1 EEG 2021 für eine Schätzung von Strommengen des Leistungs-(Kalender-)jahres 2021 nicht erfüllt, sodass Schätzungen nicht angewandt werden können und die schätzweise abgegrenzten Strommengen und somit die ansonsten privilegierungsfähigen Strommengen mit der vollen EEG-Umlage zu bewerten seien.

Sollten Sie Nachfragen zu Ihrem Messkonzept haben oder Unterstützung bei der Aufstellung eines umfassenden mess- und eichrechtskonformen Konzeptes bzw. bei der Auswertung Ihrer Verbrauchskonstellationen benötigen, können Sie uns hierzu gerne kontaktieren.

Änderung der Mess- und Eichverordnung geplant

Um den Anforderungen der Energiewirtschaft Rechnung zu tragen, befindet sich derzeit der Referentenentwurf zur Änderung der Mess- und Eichverordnung (MessEV) in der Verbändeanhörung. Neben einer Harmonisierung von Eichfristen für Messgeräte („Zähler“) soll insbesondere dem Umstand Rechnung getragen werden, dass in vielen Bereichen des Energierechts mit der Verrechnung von Messwerten gearbeitet wird.

Grundsätzlich dürfen im amtlichen und geschäftlichen Verkehr nur solche Werte angegeben oder verwendet werden, die mit einem („geeichten“) Messgerät im Sinne des Mess- und Eichgesetzes ermittelt worden sind. Dies ist streng genommen u.a. bei der Bestimmung des Eigenverbrauchs durch Bildung von Differenzen (z.B. Erzeugung abzüglich Netzeinspeisung) nicht der Fall, da der rechnerisch ermittelte Wert gerade nicht von einem Messgerät ermittelt wurde. Betroffen sind daneben aber auch die Bilanzierung von Stromkreisläufen, die Ermittlung der Vollbenutzungsstunden bei einer KWK-Anlage etc. Nach dem Mess- und Eichrecht ist eine Verwendung solcher Werte derzeit jedoch nur zulässig, wenn eine Regel für die Verrechnung aufgestellt wurde, die Feststellungen zu den zulässigen Abweichungen der Werte von den wahren Werten beinhaltet. In vielen Bereichen des Energierechts gibt es solche Regeln nicht.

Durch eine neue Anlage 7 zur MessEV soll für – aus Sicht des Ordnungsgebers – abschließend aufgeführte Anwendungsfälle ein Ausnahmetatbestand geschaffen werden, der es zulässt, dass im Bereich der

Michael H. Küper
Rechtsanwalt, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Alexandra Ufer
Rechtsanwältin
Tel.: +49 211 981-5679
alexandra.ufer@pwc.com

leitungsgebundenen Energieversorgung mit Elektrizität und Gas Summen, Differenzen, Quotienten, Produkte oder Kombinationen davon aus Messwerten von Energiemengen gebildet werden dürfen.

Anlagenbetreiber und Letztverbraucher haben aber nicht zu befürchten, dass Abgrenzungen und Verrechnungen, die vor dem Inkrafttreten der geplanten Änderungen in der MessEV vorgenommen wurden, nicht mit dem Hinweis auf eine fehlende mess- und eichrechtliche Vorschrift, welche die Zulässigkeit der Verrechnung von Messwerten betrifft, angefochten werden können. Denn zur Schaffung von Rechtssicherheit soll ebenfalls eine Übergangsvorschrift mit in die MessEV aufgenommen werden.

Sprechen Sie uns gerne an, wenn Sie Fragen zur Gesetzeskonformität Ihrer Messgeräte bzw. Ihres Messkonzeptes haben.

BNetzA veröffentlicht Liste zur gesetzlichen Reduktion der Kohleverstromung

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat am 30. Dezember 2020 auf ihrer Internetseite eine Liste der ihr bekannten Steinkohleanlagen in Deutschland veröffentlicht. Betreiber von Steinkohleanlagen oder Dampfsammelschienenblöcken haben noch bis zum **1. Februar 2021** Zeit, zusätzliche Unterlagen vorzulegen bzw. Angaben zu korrigieren.

Ebenfalls bis zum 1. Februar 2021 können Anlagenbetreiber auch noch Investitionen, welche bei dem Inbetriebnahmedatum berücksichtigt werden, anmelden. Die BNetzA wird sodann zum 1. Juli 2021 eine aktualisierte Liste der ihr bekannten Kohlekraftwerke veröffentlichen. Diese Liste ist nach dem jeweiligen Datum der Inbetriebnahme der Stromerzeugungsanlagen sortiert und bildet die Grundlage für das Instrument der gesetzlichen Reduktion der Kohleverstromung nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG).

Wer die erforderlichen Informationen nach § 29 Abs. 2 S. 1 KVBG nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig bis zum 1. Februar 2021 zur Verfügung stellt, läuft nicht nur Gefahr, wirtschaftliche Nachteile bei der gesetzlichen Reduktion zu erleiden, sondern handelt obendrein auch noch ordnungswidrig. Anlagenbetreiber haben daher nur noch wenig Zeit, die Weichen für die Zukunft ggf. entscheidend zu stellen. Insofern sind die Angaben sorgfältig zu prüfen und u.U. zu korrigieren.

Sprechen Sie uns gerne an, wenn Sie hierbei Unterstützung benötigen sollten.

Neuregelungen gefährden Wirtschaftlichkeit von Eigenversorgungen

Mit der (Wieder-)Einführung des „Abschmelzungsmechanismus“ (Claw-back-Mechanismus) in § 61c Abs. 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2021) drohen Eigenversorgern nicht nur Nachzahlungen, sondern die Eigenversorgung aus sog. KWK-Neuanlagen im Leistungssegment von mehr als 1 MW_{el} bis einschließlich 10 MW_{el} wird insgesamt wirtschaftlich unattraktiv.

Betroffen sind alle KWK-Anlagen, welche nach dem 1. August 2014 erstmals zur Eigenversorgung eingesetzt wurden und in das vorgenannte Leistungssegment fallen. Zwar verringert sich die jährliche EEG-Umlage für selbst erzeugten und selbst verbrauchten Strom bis einschließlich 3.500 Vollbenutzungsstunden (Vbh) grundsätzlich auf 40 Prozent. Allerdings gilt dies wegen des komplizierten Abschmelzungsmechanismus in Absatz 2 nicht, sofern die Anlage darüber hinaus zur Eigenversorgung eingesetzt wird. Denn ab der 3.501 Vbh wird nicht nur die volle EEG-Umlage fällig, sondern die privilegierungsfähigen Vbh werden im gleichen Umfang abgeschmolzen. Konkret bedeutet dies für eine Anlage, welche im Kalenderjahr 5.000 Vbh zur Eigenversorgung eingesetzt wird, folgendes: Da die 3.500-Vbh-Grenze um 1.500 Vbh überschritten wurde und in dieser Höhe eine Abschmelzung der privilegierungsfähigen Vbh erfolgt, reduziert sich die EEG-Umlage lediglich für 2.000 Vbh auf 40 Prozent. Für die übrigen 3.000 Vbh fällt hingegen die volle EEG-Umlage an. Ausnahmen hiervon gelten lediglich für stromkostenintensive Unternehmen i.S.d. Liste 1 der Anlage 4 zum EEG. Da die bereits 2018 geltende Regel rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft tritt, drohen Eigenversorgungen mitunter hohe Nachzahlungen.

Matthias Stephan
Rechtsanwalt
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

Michael H. Küper
Rechtsanwalt, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Matthias Stephan
Rechtsanwalt
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

KWK-Anlagenbetreiber sind in der Regel zusätzlich mit den aus dem nationalen Brennstoffemissionshandel resultierenden Kosten betroffen. All dies stellt die Eigenversorgung aus KWK-Anlagen auf die Probe und steigert zugleich die regulatorischen Anforderungen an den Betrieb einer Stromerzeugungsanlage. Gerne erörtern wir mit Ihnen Möglichkeiten, Ihre KWK-Anlage möglichst wirtschaftlich zu fahren und u.U. eine Förderung nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) in Anspruch nehmen zu können.

Beachten Sie hierzu auch unser diesem Newsletter beigefügtes Angebot eines „Quick-Checks“.

Reminder: Marktstammdatenregister – nach Ablauf der Registrierungsfrist zum 31. Januar 2021 droht Verlust von Vergütungen und Bußgeld

Das Marktstammdatenregister (MaStR) dient seit dem 31. Januar 2019 dem Überblick über Akteure und Anlagen des deutschen Strom- und Gasmarktes. Zur Eintragung verpflichtet sind die verschiedenen Akteure des Strom- und Gasmarktes sowohl für sich selbst als auch für ihre Anlagen, wie z.B. PV- und KWK-Anlagen, ortsfeste Batteriespeicher, Windenergieanlagen sowie konventionelle Kraftwerke.

Dr. Daniel Callejon

Rechtsanwalt

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Die Registrierungspflicht gilt sowohl für Neu- als auch für Bestandsanlagen. Die Marktstammdatenregisterverordnung (MaStRV) sieht dazu vor, dass Neuanlagen innerhalb des ersten Monats nach der Inbetriebnahme in das Marktstammdatenregister eingetragen werden müssen. Für Bestandsanlagen, welche vor dem 30. Juni 2017 in Betrieb genommen wurden, gilt in der Regel eine zweijährige Übergangsfrist, welche am 31. Januar 2021 abläuft.

Die BNetzA meldete zuletzt eine noch ausstehende Registrierung von ca. 350.000 Bestandsanlagen. Bis zum 31. Januar 2021 kann die Eintragung online auf der Homepage des Marktstammdatenregisters noch fristgerecht erfolgen.

Bei Nichtbeachtung der Meldefrist kann weiterhin ein Bußgeld drohen

Die Verantwortung für die Einhaltung der Registrierungspflicht liegt allein bei den betreffenden Marktakteuren. Im Falle einer Nichtbeachtung bzw. Verletzung der Registrierungspflichten im Marktstammdatenregister drohen ein Auszahlungsstopp der Vergütung nach dem EEG oder KWKG und die Auferlegung eines Bußgeldes. Daher sollten Unternehmen noch rechtzeitig vor **Ablauf der Frist am 31.01.2021** ihren eigenen Anlagenbestand hinsichtlich der Registrierungspflicht analysieren. Es können bspw. auch Notstromaggregate registrierungspflichtig sein. Gerne können wir Sie hierbei unterstützen.

Update E-Mobilität: Entwurf des SteuVerG zurückgenommen, Entwurf des SchnellLG vorgelegt, Förderung von mehr als 30.000 öffentlichen Ladepunkten erfolgt

Aktuell gibt es viel Bewegung rund um die E-Mobilität und den zugrundeliegenden Rechtsrahmen. Der im Hinblick auf die kurz- und mittelfristige Entwicklung der Verkehrswende erwartete und am 22. Dezember 2020 veröffentlichte Entwurf des sog. Steuerbare-Verbrauchseinrichtungen-Gesetzes (SteuVerG) wurde am 15. Januar 2021 durch das BMWi zurückgenommen. Des Weiteren hat der Bund den Entwurf eines Schnellladegesetzes (SchnellLG) vorgelegt.

Michael H. Küper
Rechtsanwalt, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Philipp Landorff
Rechtsanwalt, B.Sc.
Tel.: +49 211 981-7284
philipp.landorff@pwc.com

Der beginnende Hochlauf der Elektromobilität führe unter der jetzigen Gesetzeslage zu einem hohen Netzausbaubedarf und entsprechend hohen Kosten sowie im Hinblick auf den Netzananschluss neuer steuerbarer Verbrauchseinrichtungen zu längeren Wartezeiten – so die gegenwärtige Einschätzung verschiedener Marktakteure. Diesem Umstand sollte durch den Entwurf eines SteuVerG Rechnung getragen werden, durch welchen die Integration steuerbarer Verbrauchseinrichtungen in die Verteilernetze zügig und sicher erfolgen könnte. Mit dem Entwurf des SteuVerG sollte der bereits im aktuellen § 14a EnWG angelegte Mechanismus optimiert werden, demzufolge Netzbetreiber verpflichtet sind, nur ein reduziertes Netzentgelt für den Strombezug von vollständig unterbrechbaren Verbrauchseinrichtungen (wie z.B. von Ladesäulen oder Wärmepumpen), in Rechnung zu stellen, sofern ihnen im Gegenzug gestattet wird, den Bezug dieser Einrichtungen zum Zweck der Netzentlastung zu steuern. So hätte durch den Gesetzesentwurf sichergestellt werden können, dass steuerbare Verbrauchseinrichtungen gerade auch bei einem starken Hochlauf der Elektromobilität in der Regel innerhalb von zwei Monaten angeschlossen werden könnten. Gleichzeitig wäre es durch das Gesetz zu einer Entlastung aller Stromverbraucher gekommen, da aufgrund eines effizienteren Netzausbaus erhebliche Einsparungen möglich gewesen wären.

Kritik wurde an dem Gesetzesentwurf u.a. dahingehend geübt, dass die ebenfalls darin vorgesehene sog. Spitzenglättung, also die Reduzierung der Anschlussleistung für den Betreiber der Einrichtung auf bis zu zwei Stunden täglich, den Erwerb von Elektroautos weniger attraktiv machen und die Flexibilität des Verbrauchers aus Gründen der Netzstabilität stark einschränken würde.

Den Entwurf des SteuVerG hat das BMWi nunmehr – unter Hinweis auf den Charakter eines „Arbeitsentwurfs“ und die fehlende Billigung des Ministers – zurückgenommen. Nach Angaben des BMWi werden deshalb nun sowohl mit den verschiedenen Industrieakteuren, etwa Fahrzeugherstellern, als auch mit den Netzbetreibern Gespräche geführt, um schnellstmöglich einen neuen Vorschlag vorzulegen, der für alle Beteiligten trotz unterschiedlicher Interessenlage akzeptabel sei.

Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) am 28. Dezember 2020 den Entwurf eines Schnellladegesetzes (SchnellLG) vorgelegt, das im Zusammenhang mit einem flächendeckenden Ausbau von Schnellladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge von großer Bedeutung ist. Durch das SchnellLG soll ein zeitnaher Ausbau von öffentlich zugänglichen Schnellladepunkten durch die Einführung eines staatlichen Ausschreibungssystems gewährleistet werden.

Eine Herausforderung birgt hierbei das Zusammenspiel des wettbewerblichen Ladeinfrastrukturausbaus mit dem avisierten staatlichen Ausschreibungssystem. Der Zweck des SchnellLG bestehe, so das BMVI, darin, Ladesäulenbetreibern einen stabilen rechtlichen Rahmen für Investitionen zu bieten und so den Ausbau der Ladeinfrastruktur voranzutreiben. Mit einer Aufteilung in mindestens zehn verschiedene Gebietslose sollen sowohl wirtschaftlich „attraktive“ als auch „unattraktive“ Standorte zusammengefasst werden, in denen die Ladesäulen unter staatlicher Aufsicht errichtet und betrieben werden. Damit soll ein gleichmäßiger Ausbau der Ladeinfrastruktur erreicht werden. Um einen Ladesäulenbetrieb auch an wirtschaftlich unattraktiveren Standorten zu ermöglichen, werde der Bund einen Großteil des wirtschaftlichen Risikos übernehmen. Angesichts einzelner Kritik vonseiten verschiedener Verbände bleibt die weitere Entwicklung des regulatorischen Ansatzes für den flächendeckenden Ladesäulenausbau abzuwarten.

Ein erster „Meilenstein“ wurde hinsichtlich des Ausbaus der Ladeinfrastruktur im Zusammenhang mit der BMVI-Förderrichtlinie erreicht: Seit 2017 wurden rund 30.000 öffentliche Ladepunkte bewilligt, davon rund 9.800 Schnellladepunkte. Die Förderung weiterer 20.000 Ladepunkte wird erwartet, wodurch das Bundesförderprogramm weiterhin eine interessante Grundlage für Investitionsentscheidungen von Unternehmen, Kommunen und öffentlichen Einrichtungen bildet.

Bei Fragen zum Thema Elektromobilität sowie zur Umsetzung elektromobiler Lösungen sprechen Sie uns gerne an.

DEHSt veröffentlicht Leitfaden zum Anwendungsbereich sowie zur Überwachung und Berichterstattung von CO₂-Emissionen

Die deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) beim Umweltbundesamt hat am 18. Januar 2021 einen ersten Leitfaden zum Umgang mit dem nationalen Emissionshandelssystem (nEHS) für die Jahre 2021 und 2022 veröffentlicht.

Dr. Daniel Callejon

Rechtsanwalt

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Theresa Stollmann

Rechtsanwältin

Tel.: +49 211 981-7871

theresa.stollmann@pwc.com

Der Leitfaden erläutert zunächst den für die Startphase geltenden Anwendungsbereich und die Berichtspflicht nach Anlage 2 des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) sowie die in der Verordnung über die Emissionsberichterstattung nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz für die Jahre 2021 und 2022 (EBeV 2022) enthaltenen Bestimmungen zur Emissionsermittlung und -berichterstattung für die Jahre 2021 und 2022.

Neben allgemeinen Ausführungen etwa zu den Akteuren und dem Anwendungsbereich des nEHS enthält der Leitfaden auch viele Beispiele und wird damit als wichtige Auslegungshilfe des BEHG und der zugehörigen Verordnungen dienen. So wird beispielsweise anhand verschiedener Fälle erläutert, ob Biogas den Pflichten des BEHG der Jahre 2021 und 2022 unterfällt. Im Rahmen der Kontoführung werden die Rollen kontobevollmächtigter Personen näher konkretisiert und die Anforderungen an die Nachweisführung für verschiedene Fallkonstellationen spezifiziert.

In Anhang 3 enthält der Leitfaden Beispiele zur Ermittlung der abzugsfähigen Brennstoffmenge nach § 11 der EBeV 2022 und der angestrebten Vermeidung der Doppelbelastung solcher Brennstoffmengen, die bereits dem europäischen Emissionshandel (EU-ETS) unterliegen. Die DEHSt beschränkt sich hier auf die Aussagen zur Ermittlung der Abzugsmenge und stellt noch einmal klar, dass die konkrete Ausgestaltung der Verwendungsabsichtserklärung (Erklärung, ob die komplette Liefermenge oder nur ein Teil davon zum Einsatz in der EU-ETS-Anlage vorgesehen ist) den beteiligten Unternehmen obliegt. Da es die dargestellten unterschiedlichen Konstellationen geben könne, werde die DEHSt hier keine Vorlage zur Verfügung stellen.

Der Leitfaden soll nach Angaben der DEHSt in der 1. Jahreshälfte 2022 ergänzt werden, um die Dateneingaben und die Funktionalitäten des Datenerfassungssystems zu beschreiben. Sehr wahrscheinlich werde den Verantwortlichen in der Datenerfassungssoftware die Möglichkeit eingeräumt, pro Steuerlager oder Hauptzollamt zu berichten (analog zur Energiesteueranmeldung). Darüber hinaus sollen zu gegebener Zeit auch die Vorgaben ab 2023 (nach Ablauf der Startphase) ergänzt und in den bestehenden Leitfaden eingefügt werden.

Sollten Sie Fragen zum nationalen Emissionshandel und insbesondere zu der Ausgestaltung der Verwendungsabsichtserklärung haben, stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Veranstaltungen

Webcast:

„Richtige Antragstellung nach §§ 63 ff. EEG 2021 – die Besondere Ausgleichsregelung im Lichte der EEG-Novellierung“

am 10. Februar 2021 von 10 bis 13 Uhr

Wir freuen uns darauf, Sie in unseren kostenfreien Webcasts über die aktuellen Themen und Entwicklungen rund um die Besondere Ausgleichsregelung zu informieren.

Weitere Informationen und Anmeldung zur Veranstaltung unter:

<https://www.pwc-events.com/antragstellung>

Während der Veranstaltung haben Sie die Möglichkeit, unseren Experten Ihre Fragen zu stellen. Gern können Sie auch schon jetzt Fragen oder Anregungen zum Thema an **de_richtige_antragstellung@pwc.com** schicken.

Bei organisatorischen Fragen wenden Sie sich gerne jederzeit an

Kathrin Burczyk, Tel.: +49 211 981-1380, events.de@de.pwc.com

Über uns

Ihre Ansprechpartner

RA Michael H. Küper

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan

Tel.: +49 211 981-1509

matthias.stephan@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

RAin Alexandra Ufer

Tel.: +49 211 981-5679

alexandra.ufer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

RA Michael H. Küper

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *News/etter* bestellen oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ an subscribe_energieintensive_unternehmen@de.pwc.com bzw. „Abbestellung“ an folgende Adresse: unsubscribe_energieintensive_unternehmen@de.pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Januar 2021 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltskanzlei. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltskanzlei, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de